

Riga. Die regionalen Varianten der östlichen Agrarverfassung bestimmten im riesigen Hinterland dieser Häfen die Organisation der Waid- und Pottascheerzeugung. Sie begünstigten den Raubbau und führten im 17. Jh. zum Schrumpfen der Ausfuhr.

In frühere Jahrhunderte wiederum blickt Evamaria Engel in der Absicht, an hervorragenden Beispielen, nämlich an „Berlin, Lübeck, Köln – ständische Aktivitäten der Städte“ (S. 159–179) zu betrachten, um zu Aussagen über die Qualität von „Stand und Ständeversammlung im mittelalterlichen Reich“ (Untertitel) zu gelangen. Für das Spätmittelalter stellt sie heraus, daß sich die Reichsinstanzen auf die Hansestädte eigentlich nur „in Verbindung mit Geldforderungen“ (S. 177) besannen, während sich die aktive Politik der Städte auf das Verhältnis zu jeweils relevanten erstarkenden Territorialmächten bezog. In einer konzentrierten Studie über „Vertretungssysteme im niederländischen Raum im Spätmittelalter“ (S. 180–189, 1 Tab.) verdeutlicht demgegenüber W. P. Blockmans, daß hier der „Ausbau eines zentralisierten Staatsapparates“ (S. 188) bereits um 1435 die politische Selbstvertretung lokaler Gremien, zuvor besonders effizient durch das Kollegium der großen Städte Flanderns ausgeübt, reduzierte. Im 16./17. Jh. kam es mit den Vereinigten Provinzen zu einer neuerlichen Einschränkung der Staatsmacht und zwischen 1650 und 1672 sogar zu einer statthalterfreien Zeit. Auf diesen Abschnitt bezieht sich E. O. G. Haitsma-Muliers Beitrag „Der Mythos Venedigs und der holländische Republikanismus im 17. Jahrhundert“ (S. 108–119), der staatstheoretisch weiterführende Konzepte Spinozas und der Brüder De la Court vorstellt, welche die Oligarchie der Regenten eingeschränkt und die Permeabilität des Patriziats gewährleisten wollten.

Bielefeld

Elisabeth Harder-Gersdorff

**John Hiden: The Baltic States and Weimar Ostpolitik.** Cambridge University Press. Cambridge, London, New York, New Rochelle, Melbourne, Sidney 1987. XII, 276 S.

Obwohl Estland, Lettland und Litauen als Knotenpunkt der deutsch-polnischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen, der britischen Außenpolitik gegenüber Sowjetrußland und der französischen Ostmitteleuropapolitik ein Brennspeigel europäischer und deutscher Geschichte der Zwischenkriegszeit sind, gibt es noch keine Gesamtanalyse aller Aspekte der deutschen Beziehungen zu den baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit. Diese „erstaunliche Tatsache“ (S. VII) bildet den Ausgangspunkt für John Hiden's Studie, die mit profunden Quellenhintergrund auf 197 Textseiten demonstrieren kann, wie sehr gerade dieser „Sonderfall“ Pauschalisierungen über „Weimars Ostpolitik“ aufbricht und relativiert.

Schon ihre geographische Position mache die baltischen Staaten zu einem idealen Ausgangspunkt für eine Analyse der „Re-Orientierung“ deutscher Politik in Osteuropa nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg (S. IX), und es ist „ein fundamentales Anliegen“ der Arbeit, neue quellengestützte Ergebnisse zu der allgemeinen Debatte über die deutsche Außenpolitik und die deutsche Rolle im internationalen System zwischen den beiden Weltkriegen beizutragen (S. VIII). Ein Ziel, mit dem sich H. bei einem an die „new international history“ (Jon Jacobsen, 1983) angelehnten Untersuchungsansatz, der außen-, wirtschafts- und minderheitspolitische Ziele im Verbund betrachtet, gegen die auch auf die deutsche „Baltikumspolitik“ im Ersten Weltkrieg rekurrierende Fischer-These der Kontinuität deutscher Ziele vom wilhelminischen Kaiserreich zu Hitler wendet (S. VII) und ebenso gegen „das andere Extrem . . . , daß die Annexionsträume des Reiches mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 verschwanden“ (S. VIII).

Gerade mit seiner prozeßhaften und chronologisch angelegten Studie („ein Ziel dieses Buches“, S. X), die die Zeitabschnitte 1919–1920, 1921–1923 und 1923–1933 dann

systematisch untergliedert, will H. differenzierter urteilen und berücksichtigen, daß die Deutschen weder vor noch nach 1914–1918 ein Monopol für Nationalismus gehabt hätten und daß die Außenpolitik Weimars Möglichkeiten für die Verfolgung und Verteidigung nationaler Interessen schuf, ohne automatisch den Rest Europas zu bedrohen (S. X).

H. ignoriert keineswegs die deutschen militärischen Interventionen im Baltikum in der Frühphase, die Ziele von Seeckt und die Auswirkungen der revisionistischen deutschen Ziele gegenüber Polen auf die Politik gegenüber den baltischen Staaten. Aber er verweist zugleich auf die frühzeitigen Kooperationsziele etwa der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und des Auswärtigen Amtes 1919/20 (S. 19–25) und die bei weitem nicht nur taktisch bestimmte Kooperationspolitik unter Stresemann, mit der die Weimarer Republik schließlich einen Beitrag zur Konsolidierung der baltischen Staaten leistete, der „nicht unterschätzt werden sollte“ (S. 197).

Das Buch relativiert überkommene Forschungsthesen auch im Detail. Die deutsch-sowjetische Verständigung des Rapallo – und auch des späteren Berliner – Vertrages war für die baltischen Staaten vor dem Hintergrund des Scheiterns einer europäischen Wirtschaftsordnung in Genua und Genf und der sich zerschlagenden britischen und französischen Hoffnungen auf einen umfangreichen „Rußland-Handel“ über den baltischen Raum weniger eine Bedrohung denn eine Chance für ihre wirtschaftliche und politische Konsolidierung (S. 119–135). Rapallo galt hier als das Modell eines Ausgleiches von kriegsbedingten finanziellen Forderungen im Rahmen der Wiederaufnahme strukturell und traditionell guter Handelsbeziehungen. Erhöhte die Ruhrkrise von 1923 das deutsche Interesse am Handel mit den baltischen Staaten, so waren der Dawesplan 1924 und der Wegfall der Versailler Handelsbeschränkungen 1925 wichtige Voraussetzungen zu seiner Wiederbelebung.

In einer seit 1923 systematisierten Weimarer „Randstaatenpolitik“ waren außenpolitische, außenhandelspolitische und minderheitspolitische Interessen, wie H. aufzeigt, in einer Weise verbunden, die die deutschen Minderheiten zum „transmitter“ wirtschaftlicher Kooperation statt zur „fünften Kolonne“ langfristig revisionistischer Ziele werden ließen und die Rapallo-Partnerschaft gegen Polen auch zum Ansatz deutscher Bemühungen um eine sowjetische Garantie der baltischen Staaten werden lassen konnte (S. 158 ff.). Die Weimarer Republik war, wie Außenminister Julius Curtius noch 1931 betonte, auch um eine Sicherung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten gegenüber der Sowjetunion bemüht und hierin kaum ein politischer Gegner Großbritanniens. Die These eines wenn nicht politischen so doch wirtschaftlichen deutsch-britischen Konkurrenzkampfes in Estland, Lettland und Litauen (zuletzt Merja Hinkkanen-Lievonien: *British Trade and Enterprise in the Baltic States, 1919–1925*, Helsinki 1984) verliert bei der von H. aufgezeigten Verteilung und Verzahnung deutscher und britischer Interessen in Export und Import der baltischen Staaten, der Begrenzung der britischen Interessen und der engen Wirtschaftsverflechtungen dieser Staaten mit dem Deutschen Reich fast völlig an Wert (S. 179 ff.). Die negativen Aspekte deutscher Politik werden nicht unterschlagen, aber es ist die Einbettung von Interessen und Handlungsmöglichkeiten in einen vielgestaltigen Prozeß, die H. zu differenzierter Wertung deutscher Schiedsgerichtsverträge (S. 150 f.) und zur Wahrnehmung der Diskrepanzen zwischen Stresemannscher Öffentlichkeitsrhetorik und der „vernunft-republikanischen“ Stabilitätspolitik eines ‚Ex-Annexionisten‘ (S. 142 ff.) sowie zur Verdeutlichung des Unterschieds in der Weimarer Ostpolitik „zwischen Polen auf der einen Seite und den baltischen Staaten auf der anderen Seite“ (S. 139) befähigt.

Eine Studie, die mit ihrer klaren und gleichzeitig vorsichtig abgewogenen Argumentation den Leser anregt und dem Kritiker kaum Ansätze bietet.

London

Rolf Ahmann